Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964
1932

258 (3.11.1932)

Visual Library

Durlacher Tageblatt

(Durlacher Wochenblatt gegründet 1829) mit den amtlichen Bekanntmachungen für den Amtsbezirk Karlsruhe.

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- u. Feiertage ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich monatlich 1,50 Mark. Einzelnummer und Belegblatt 10 Pfennig.

Druck u. Verlag: Buchdruckerei A. Dups, Durlach, Mittelstr. 6. Fernsprecher 204. Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 10101.

Anzeigenberechnung: Die 8gespaltene Millimeterzeile 8 Pfennig, Reklamezeile 25 Pfennig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor nachm. 4 Uhr, für dringliche Familienanzeigen am Erscheinungstag ½9 Uhr vorm. Für Platzvorschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezieher keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 258 — Donnerstag den 3. November 1932 — 104. Jahrgang

Kurze Tagesübersicht

Die Spannung zwischen Reich und Ländern ist durch die Rede des bayerischen Ministerpräsidenten in Stuttgart verschärft worden. Im Verfassungsausschuß des Reichsrats, der am Donnerstag zusammentritt, dürfte der erste Zusammenstoß stattfinden.

*

Am Donnerstag soll in einer Kabinettssitzung abschließend über die Kontingente verhandelt werden.

*

Im Spessart ist ein Flugzeug der Deutschen Lufthansa abgestürzt, fünf Personen fanden dabei den Tod.

*

In Hamburg kam es am Mittwoch früh zu blutigen Zusammenstößen und Schießereien durch einen kommunistischen Feuerüberfall.

*

In Allenstein begann vor dem Sondergericht die Verhandlung gegen 16 Nationalsozialisten wegen eines Anschlags auf ein Kaufhaus.

*

Die Reichspressestelle der N.S.D.A.P. dementiert, daß deutsche Nationalsozialisten im offiziellen Auftrage an der Bozener Faschistenfeier teilgenommen hätten.

*

Im Rahmen des Wahlkampfes sprach Adolf Hitler am Mittwoch abend im Berliner Sportpalast.

*

In Eutin (Oldenburg) wurde der deutschnationale Bürgermeister durch den nationalsozialistischen Regierungspräsidenten mit Polizeigewalt seines Amtes enthoben.

*

Das Luftschiff „Graf Zeppelin" hat der spanischen Stadt Sevilla einen Besuch abgestattet.

Berlin und die Rede Dr. Helds

Verärgerung die Folge

Berlin, 2. Nov. Die Stuttgarter Rede des bayerischen Ministerpräsidenten Held findet in Berliner politischen Kreisen lebhaften Widerhall. Eine offizielle Antwort wird aber nicht erfolgen. Als Begründung dafür wird angegeben, daß man es vermeiden möchte, auf die ungewöhnliche Tonart zu erwidern, in der der bayerische Ministerpräsident die Reichsregierung und ihre Maßnahmen angegriffen hat. Es erscheint aber nicht als ausgeschlossen, daß die Rede Dr. Helds gewisse Konsequenzen in dem Verhältnis zwischen der Reichsregierung und der bayerischen Staatsregierung haben wird. Der Eindruck der Rede ist um so bitterer, als die Reichsregierung immer wieder den größten Wert darauf gelegt hat, die Beziehungen zu Bayern als dem zweitgrößten deutschen Lande so eng wie möglich zu knüpfen und den bayerischen Auffassungen und Wünschen tunlichst entgegenzukommen. Das ist besonders deutlich bei dem Staatsbesuch des Reichskanzlers in München zum Ausdruck gekommen.

*

Im Spiegel der Presse

Berlin, 2. Nov. Die Rede des bayerischen Ministerpräsidenten Held in Stuttgart, die scharfe Angriffe gegen die Reichsregierung enthielt, wird in einer ganzen Anzahl Blätter erörtert. Die **„DAZ."** begrüßt es, daß die Reichsregierung auf eine Antwort verzichtet, da weitere kriegerische Sonette sehr unzeitgemäß wären. Die sachlichen Meinungsverschiedenheiten über das künftige Verhältnis zwischen Reich und Ländern mögen ausgetragen werden, sobald die Zeit dafür gekommen ist. In Berlin sollte man nichts tun, was die Gegensätze verschärfen könnte. Herrn Held müsse deutlich gesagt werden, daß er der Sache Bayern nichts nutzen könne, indem er solche Reden halte. Die **„Vossische Zeitung"** fragt, ob die Reichsregierung wirklich geglaubt habe, daß sie mit ein paar Artigkeiten und freundlichen Worten die sachlichen Gegensätze über die wichtigsten Fragen der Gliederung des Reiches werde übertünchen können. Das **„Berliner Tageblatt"** meint ebenfalls, man hätte wieder einmal verkannt, daß äußere Freundlichkeiten das süddeutsche Mißtrauen wegen der Antastung der bundesstaatlichen Fundamente des Reiches nicht zu überwinden vermögen. Die beim Kanzlerbesuch in München angestrebte Verständigung sei in der Hauptsache nicht erreicht. Der **„Lokalanzeiger"** bezeichnet es als besonders peinlich an den Reden Helds, daß er zunächst nicht richtig über die Absichten der Reichsregierung unterrichtet gewesen sei und dann nicht den Mut gefunden habe, den Fehler einzugestehen, den das bayerische Ministerium mit seinem gegenstandslosen Alarm begangen habe. Der **„Tag"** macht Held den Vorwurf, daß er in einer Zeit stärksten Druckes von außen die Rechtmäßigkeit der Reichspolitik leugne. Er mache Parteipolitik und mißbrauche den Reichsgedanken für seine Zwecke. Die **„Börsenzeitung"** spricht von einer unverständlichen Zurückhaltung der Reichsregierung und meint, daß der „unerhörte Vorstoß" des bayerischen Ministerpräsidenten eine ganz unzweideutige scharfe Zurückweisung durch die Reichsregierung in offizieller Form verdient hätte.

Neue Schwierigkeiten zwischen Kabinett Braun und Reichsregierung?

Berlin, 2. Nov. Wie das Nachrichtenbüro des VdZ. meldet, fand am Mittwoch wiederum eine Sitzung des preußischen Kabinetts Braun statt, die knapp zwei Stunden dauerte, und an der sämtliche Staatsminister mit Ausnahme des Kultusministers Grimme und des Innenministers Severing teilnahmen. Die letzten beiden Minister befinden sich noch auf Wahlreisen. Den Vorsitz führte Ministerpräsident Dr. Braun. Es wurden vom Kabinett die morgen beginnenden Verhandlungen der Reichsratsausschüsse besprochen. Ministerialdirektor Dr. Brecht erstattete Bericht über seine Vermittlungsaktionen. Es schloß sich eine Erörterung an über die aus den Aktionen und dem Bericht Dr. Brechts sich ergebenden Fragen. Eine weitere offiziöse Stellungnahme wird von der preußischen Staatsregierung zur Stunde abgelehnt, doch hat es den Anschein, als ob die Besprechungen Dr. Brechts bisher einen für die Staatsregierung nicht befriedigenden Verlauf genommen hätten.

Eine Feststellung des Kabinetts Braun

Berlin, 2. Nov. Die preußische Staatsregierung teilt mit: „In der heutigen Staatsministerialsitzung stellten die Staatsminister übereinstimmend fest, daß die Reichsregierung ihre Pflicht, die nach der Entscheidung des Staatsgerichtshofes zu unrecht ihres Amtes enthobenen preußischen Staatsminister wieder in ihr Amt als Staatsminister und Landesregierung einzusetzen, bis heute nicht erfüllt hat".

Die Reichsregierung gegen die Erklärung der Regierung Braun

T.U. **Berlin,** 2. Nov. Zu der Erklärung der preußischen Staatsregierung über die angebliche Pflichtverletzung der Reichsregierung wird von zuständiger Reichsstelle erklärt, daß diese Mitteilung irreführend sei. Die Entscheidung des Staatsgerichtshofes habe keineswegs der Reichsregierung die Pflicht auferlegt, die preußische Staatsregierung formell wieder in ihr Amt einzuführen. Die Reichsregierung habe lediglich die Pflicht, ihr die Ausübung fest umrissener Befugnisse zu ermöglichen. Zu diesem Zweck habe sie der Regierung Braun bereits entsprechende Vorschläge gemacht, auf die die Regierung Braun aber bisher nicht eingegangen sei.

Die Kabinettssitzung vom Mittwoch

T.U. **Berlin,** 2. Nov. Das Reichskabinett trat, wie vorgesehen, zu der Sitzung am Mittwochnachmittag zusammen, in der die Bankenfrage, die Frage der subventionierten Betriebe, die Getreidepreisfrage und die Kontingentfrage bebesprochen wurden. Irgendwelche Beschlüsse wurden nicht gefaßt. Die Beratungen des Kabinetts werden am Donnerstag vormittag um 11 Uhr fortgesetzt. Beschlüsse in der Kontingentfrage sind voraussichtlich erst im Laufe des Donnerstag abend zu erwarten.

Landwirtschaftsvertreter beim Reichskanzler

Berlin, 2. Nov. Von der deutschnationalen Fraktion des Preußischen Landtags wird mitgeteilt, daß unter Führung des Fraktionsvorsitzenden Dr. von Winterfeld am Mittwoch Vertreter der Fraktion einer Einladung des Reichskanzlers gefolgt waren. Die deutschnationalen Abgeordneten trugen dem Reichskanzler nochmals die dringendsten Forderungen zur Sanierung der Landwirtschaft vor. In erster Linie wurde gefordert, die autonomen Kontingente nunmehr sofort in ausreichender Höhe und unter Einbeziehung aller schutzbedürftigen Agrarprodukte durchzuführen. **Der Reichskanzler sagte zu, daß das Kabinett nach Rückkehr der Kommission aus Dänemark schon am Donnerstag die Kontingentierung, an der unbedingt festgehalten werde, beschließen werde.** Er sagte ferner Maßnahmen zur Lastensenkung zu.

Flugzeugunglück im Spessart
Fünf Tote

Frankfurt a. M., 2. Nov. **Auf dem Flug von Nürnberg-Fürth nach Frankfurt a. M. verunglückte am Mittwoch mittag gegen 12.50 Uhr das Flugzeug D 724 Typ Junkers F 13 bei Echterpfuhl in der Nähe von Rohrbrunn im Spessart. Fünf Insassen kamen dabei ums Leben.**

Die Namen der Verunglückten sind: Oberregierungsrat Weiden und Regierungsrat Eschenbach vom Landesfinanzamt München, der kaufmännische Angestellte Richter von der Münchener Flugleitung und die Besatzung, Flugzeugführer Anton Schulz und Funkermaschinist Karl Frank. Sachverständige zur Klärung der Gründe des Unfalles sind unterwegs.

Nach den bisherigen Feststellungen ist das Flugzeugunglück bei Echterpfuhl wahrscheinlich auf den **Bruch eines Flügels** zurückzuführen. Wenigstens fand man diesen Flügel einige hundert Meter von der Stelle entfernt, an der das Flugzeug förmlich im Boden eingegraben abgestürzt ist. Die Aeste einiger Bäume sind bei dem Sturz glatt abrasiert worden, während der schwere Flugzeugkörper sich tief in die Erde gebohrt hat. Einer der Getöteten liegt noch unter dem Flugzeug, während drei Insassen in der Nähe des Flugzeuges aufgefunden wurden. Nach dem fünften Verunglückten, der nach Aussage einiger dortigen Bewohner abgesprungen sein soll, wird noch gesucht.

Die Neuordnung des deutschen Rundfunks

Berlin, 2. Nov. Die Neuordnung des deutschen Rundfunks wird in organisatorischer Hinsicht binnen kurzem vollständig durchgeführt sein. Am 8. November werden in den Reichsratsausschüssen die betreffenden Entwürfe ihre abschließende Erörterung finden. Der Aufbau des Rundfunks wird nach Grundsätzen durchgeführt, die u. a. besagen: Die **Rundfunkgesellschaften** sollen ihr Programm selbständig und unter eigener Verantwortung aufstellen. Grundsätzliche Programmfragen und solche des Programmaustausches werden von der Reichsrundfunkgesellschaft bearbeitet. Als beratende Organe für den Programmdienst wirken Programmbeiräte mit. Die Richtlinien für den Programmdienst verpflichten den Rundfunk zur Aufbauarbeit an Volk und Staat, die frei von Parteieinflüssen und bürokratischem Zwang sein soll.

Alle im Rundfunk tätigen Gesellschaften erhalten die Form der G.m.b.H. Die Anteile an der Reichsrundfunkgesellschaft liegen zu 51 Prozent in Händen der Deutschen Reichspost, zu 49 Prozent bei den Ländern, in deren Gebiet sich Sender befinden. An den Sendegesellschaften sind zu 51 Prozent die Reichsrundfunkgesellschaft zu 49 Prozent die im Sendebezirk liegenden Ländern nach einem bestimmten Schlüssel beteiligt. An der Ausübung der Staatsaufsicht sind das Reich (Rundfunkkommissar des Reichspostministers für Verwaltung und Technik, Rundfunkkommissar des Reichsministers des Innern für Programmdienst) und die Länder beteiligt. Die Befugnisse der Kommissare umfassen Fragen der Personalpolitik und des Programmdienstes.

Die Kommissare können einzelne Darbietungen aus politischen Gründen verbieten oder von Aenderungen abhängig machen.

Die „Zwickelverordnung" dem Landtag zugegangen

Berlin, 2. Nov. Der kommissarische preußische Innenminister Bracht hat jetzt die Ergänzungsverordnung zur Badepolizeiverordnung vom 18. August dem Landtag überwiesen. Es handelt sich bei der Ergänzungsverordnung um die sogenannte „Zwickelverordnung", die in der Oeffentlichkeit lebhaft erörtert worden ist. Die besonders beachteten Bestimmungen dieser Verordnung lauten: „Frauen dürfen öffentlich nur baden, falls sie einen Badeanzug tragen, der Brust und Leib an der Vorderseite des Oberkörpers vollständig bedeckt, unter den Armen fest anliegt, sowie mit angeschnittenen Beinen und einem Zwickel versehen ist... Männer dürfen öffentlich nur baden, falls sie wenigstens eine Badehose tragen, die mit angeschnittenen Beinen und einem Zwickel versehen ist..."

In Kreisen der Regierung Braun vertritt man den Standpunkt, daß nach dem Leipziger Urteil die kommissarische Regierung nicht mehr befugt ist, mit ihrer Unterschrift versehene Vorlagen dem Parlament zu machen.

Die neue preußische Gemeindefinanzierungsordnung

Berlin, 2. Nov. Wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, hat die kommissarische preußische Staatsregierung am 1. November eine Verordnung über die **Haushaltsführung der Gemeinden und Gemeindeverbände** (Gemeindefinanzverordnung) sowie eine Verordnung über die Aufstellung von Stellenplänen in Gemeinden und Gemeindeverbänden verabschiedet. Die Gemeindefinanzverordnung verfolgt in erster Linie das Ziel, eine geordnete und sparsame Haushaltsführung in den Gemeinden sicherzustellen und für die Zukunft Mißstände, wie sie in den verflossenen Jahren in der Finanzgebarung der Gemeinden sich gezeigt haben, auszuschließen. Diesem Zwecke dienen die Stärkung der Stellung des Gemeindevorstandes im Verhältnis zur Vertretungskörperschaft, die klare Gestaltung der Verantwortlichkeit bei der Ausführung des Haushaltsplanes, die Einführung einer weitgehenden Publizität auf dem Gebiete des Haushalts- und Rechnungswesens, sowie die Neuregelung der Rechnungsprüfung in den Gemeinden. Die Verordnung über die Aufstellung von Stellenplänen will in Anlehnung an die Verordnung des Reichspräsidenten vom 14. Juni 1932 eine weitere Zurückführung des gemeindlichen Personalbestandes auf das unerläßliche Maß sicherstellen. Grundlage hierfür werden gemeindliche Stellenpläne sein, die in der Verwaltung entbehrlich werdende Stellen als künftig wegfallend zu bezeichnen haben. Dies hat die Wirkung, daß solche Stellen im Falle ihres Freiwerdens nicht wieder besetzt werden dürfen. Die Durchführung dieser Maßnahmen wird von der Aufsichtsbehörde überwacht.

Anschlag auf Macdonald vereitelt

T.U. **London,** 2. Nov. Die Londoner Polizei verhaftete in den Morgenstunden des Mittwoch einen 19jährigen naturalisierten Engländer Iwan Siruya, der anscheinend einen Anschlag auf Macdonald ausführen wollte. Ein Schutzmann entdeckte Siruya im Garten des Privathauses von Macdonald, wo er hinter der halb geöffneten Gartentür stand. Er hatte einen Ziegelstein in der Hand und zwei weitere Ziegelsteine unter dem anderen Arm. Als ihn der Schutzmann fragte, was er mit den Backsteinen tue, antwortete er, er spiele mit ihnen. Siruya ließ sich widerstandslos festnehmen. Nach der Vorführung vor dem Polizeirichter wurde er auf eine Woche in Untersuchungshaft gesteckt. Macdonald befand sich in der Nacht zum Mittwoch wie gewöhnlich in seiner Amtswohnung in der Downingstreet Nr. 10. In der Wohnung Macdonalds wohnen zurzeit Freunde von ihm.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK — Baden-Württemberg

Miliz oder Berufsheer?

Kann sich Deutschland dem Vorschlag Herriots anschließen?

Durch den Vorschlag Herriots, sämtliche stehenden Heere einschließlich des Berufssöldnerheeres der deutschen Reichswehr abzuschaffen und dafür zu einem Miliz-System überzugehen, das einer internationalen Kontrolle, vielleicht des Völkerbundes oder einer anderen noch zu schaffenden Institution unterstände, ist diese Form der Wehrverfassung erneut in die Debatte gezogen worden. Für Deutschland hat die Behandlung der Alternativ-Frage: stehendes Heer oder allgemeine Volksbewaffnung dadurch besondere Bedeutung gewonnen, daß der frühere Reichswehrminister Dr. Gröner in einer Unterredung mit dem Chefkorrespondenten der „Associated Preß" sich zwar mit einigen Einschränkungen, aber doch grundsätzlich für das Miliz-System ausgesprochen hat, weil dies das Geeignete und Beste für die Verteidigung eines Landes darstelle. Bei dieser Gelegenheit hat sich Gröner abermals als Anhänger und Freund der Milizverfassung bekannt. Eine solche Stellungnahme ist natürlich umso auffälliger bei einer Persönlichkeit, die wie Gröner fast vier Jahrzehnte in einem der größten stehenden Heere der Welt sich als Führer und Generalquartiermeister betätigt hat, und die später sechs Jahre als Kriegsminister eine neue Armee von Berufssoldaten organisiert und geleitet hat.

Um die Gründe Gröners zu würdigen und zu verstehen, muß man sich zunächst über die Unterschiede klar sein, die zwischen dem System der Milizen und dem der stehenden Heere vorhanden sind. Die Milizheere gründen sich entweder auf die allgemeine Wehrpflicht, wie dies z. B. in der Schweiz der Fall ist oder auf die Anwerbungen Freiwilliger, z. B. bei den Territorialformationen in England, Amerika usw. Das wesentliche Merkmal ist das Fehlen ständiger Formationen. Diese werden nur für Uebungszwecke zusammengestellt, die Ausbildung der Milizsoldaten erfolgt in besonderen Schultruppenteilen.

Bis zum Weltkrieg waren die stehenden Heere für jede Großmacht, aber auch für zahlreiche Mächte zweiten Grades eine Selbstverständlichkeit. Allmählich erreichten sie aber solche Größen, daß sie aus wirtschaftlichen und finanziellen Gründen auf die Dauer hätten nicht mehr weiter ausgebaut werden können. Die Erfahrungen des Weltkrieges haben in der Frage der Volksheere einen Umschwung der Ansichten herbeigeführt. Selbst die ganz großen Militärstaaten sind allmählich zu einer Verkürzung der aktiven Dienstzeit übergegangen, sodaß sie sich immer mehr der milizartigen Ausbildung nähern. Berufssoldaten müssen auch bei dem Milizheer insofern vorhanden sein, als sie die waffentechnische und Führerausbildung erhalten müssen, um als Lehrer und Führer der nur zeitweilig zusammen gezogenen Milizen zu wirken. Nun ist es aber selbstverständlich nicht damit getan, daß man die wehrfähigen Männer eines Landes gelegentlich einmal auf ein paar Tage, oder ein bis zwei Wochen in Uniform steckt, ihnen ein Gewehr in die Hand drückt oder sie an eine Kanone stellt. Das Miliz-System ist undenkbar ohne die allgemeine militärische Erziehung der Jugend, die bereits vor dem Eintritt in die Rekrutenschulen den jungen Leuten den militärischen Grundbegriff beigebracht hat. Frankreich und Italien haben dies bereits in vorbildlicher Weise getan, andere Staaten stehen im Begriff, ihrem Beispiel zu folgen. Neben dem vorzüglich ausgebildeten und bewaffneten freiwilligen Heer, der Kerntruppe, stehen die eigentlichen Miliz-Formationen. Jene ist in erster Linie für die Abwehr plötzlicher feindlicher Angriffe bestimmt, während das Milizheer sich der Verteidigung, besonders dem Schutz der Grenzen zu widmen hat.

Auch Gröner befürwortete das Miliz-System lediglich von dem Gesichtspunkt aus, daß es nur für die Defensive in Frage kommt, weil es sich nicht zur Offensive eignet. Die geographischen Verhältnisse eines Landes begünstigen das Miliz-System, wenn bereits Gebirge einen natürlichen Defensiv-Wall bilden, wofür die Schweiz ein Musterbeispiel ist. England und Amerika haben natürlichen Schutz durch die Meere, wobei allerdings England wegen der Nähe Frankreichs und dessen Luftflotte, der stärksten der Welt, heute nicht mehr so günstig dasteht wie früher. Gröner hat durchaus Recht, wenn er darauf verweist, daß auch Frankreich zum Miliz-System übergehen könnte. Denn es hat nicht nur den natürlichen Schutz von Meeren und Gebirgen, sondern es hat auch die Lücke, die die Natur zwischen Straßburg und Luxemburg gelassen hat, durch einen Gürtel von Festungen geschlossen. Es ist daher selbstverständlich, daß es Deutschland, das keinen solchen natürlichen Grenzschutz besitzt, erlaubt sein müßte, Defensivfestungen da zu errichten, wo diese notwendig sind.

Gänzlich utopisch ist die Verwirklichung des Herriotschen Vorschlages nicht. Vielleicht hilft die Erkenntnis beschleunigend, daß der Krieg in Zukunft sich kaum noch auf dem Lande, sondern in der Luft abspielen und dort entschieden werden wird. Insofern ist das Miliz-System der Gegenwart eigentlich schon überholt. Wenn es dem Frieden dienen soll, dann wird man in Ergänzung dazu unbedingt verlangen müssen, daß die militärischen Luftflotten gänzlich abgeschafft werden. Mit einer internationalen Kontrolle, die nicht den Charakter gehässiger Schnüffelei trägt, wird man sich abfinden können, wenn die Voraussetzung gewahrt bleibt, daß nämlich alle Milizen der Erde nach den gleichen Grundsätzen aufgebaut und nachkontrolliert werden.

R. K.

Der Reichsinnenminister auf einer Gustav Adolf-Kundgebung

Berlin, 2. Nov. Die Gustav Adolf-Vereine der westlichen Vororte Berlins veranstalteten in Gemeinschaft mit dem Evangelischen Bund eine große evangelische Kundgebung zur Erinnerung an den 300. Todestag des großen Schwedenkönigs. Auf dieser Kundgebung hielt Reichsinnenminister Freiherr von Gayl eine Ansprache, in der er nach eingehender Würdigung der großen Verdienste des Gustav Adolf-Vereins um die evangelische Sache unter Hinweis auf die Persönlichkeit des großen Schwedenkönigs betonte, daß Männer die Geschichte machen, die sich rückhaltlos einsetzen für das als richtig erkannte Ziel bis zum Einsatz ihres Lebens. Das Volk will wissen, fuhr der Minister fort, daß seine führenden Männer jede Stunde bereit sind, sich persönlich einzusetzen und für die Erreichung ihres Zieles mit dem Leben zu zahlen, wenn dieses Ziel keine Erfüllung persönlichen Ehrgeizes, sondern eine große tragende Idee von volksweiter Bedeutung. Im Lärm und in der widerlichen Hetze und Verdrehung, die heute in unserm öffentlichen Leben herrschen, tritt diese Sehnsucht des Volkes nach Männern, die sich tatsächlich einsetzen, scheinbar in dem Hintergrund, oft zu Gunsten volkstümlich redender Demagogen. Dennoch besteht sie. Es ist gut, ab und zu eine Stunde in unseren erregten, oft von zwecklosem Lärm erfüllten Tagen der Verehrung wahrhafter Helden zu widmen und dabei Abstand zu gewinnen vom Geschrei des Tages und sich auf das tatsächlich wesentliche zu bekennen, was nach höherem Ratschluß das Leben der Völker bestimmt. Alle wirklich großen Führer eines Volkes oder einer Glaubensgemeinschaft sind Gottes Werkzeug gewesen, gleichviel, ob sie sich dessen bewußt waren oder nicht. Der Minister erklärte weiter, Deutschland trage wohl von allen Völkern dauernd die schwerste Last, weil für unser deutsches Volk zu den sozialen Gegensätzen, die in aller Welt fühlbar sind, noch die Bürde hinzukommt, die uns die bekenntnismäßige Trennung auferlegt. Ob wir Katholiken oder Protestanten sind, keiner von uns will und soll seine Glaubensüberzeugung aufgeben. Mit der Tatsache der Trennung haben wir dauernd in Deutschland zu rechnen. Aber wir sind und bleiben deswegen doch ein Volk. Uns verbindet nicht nur das deutsche Blut, die deutsche Sprache und die zwangsläufige Gebundenheit zu einem im mitteleuropäischen Raum stets von allen Seiten angefeindeten Volk, sondern auch das gemeinsame Band christlichen Denkens und Fühlens. Deutschtum und Christentum sind nicht mehr voneinander zu trennen. Wir müssen einen christlichen Staat bilden, wenn wir der seelischen Not unserer Zeit Herr bleiben wollen. In ihm können Protestanten und Katholiken sich finden auf gemeinsamer Grundlage und von ihr aus den gemeinsamen Marsch antreten zum Kampf um die Zukunft unseres Volkes, in dem wir uns gemeinsam sagen müssen: „Ich will es vollbringen oder sterben!" Jedem Bekenntnisteil das volle Recht und das Seine, aber in der Not unserer Zeit ein gemeinsames Ziel und ein einheitlicher Wille. Es geht eine tiefe Sehnsucht durch Deutschland, nicht allein nach Besserung der materiellen Lage, sondern fast mehr noch nach einem Leben im lebendigen Glauben. Unsere Jugend schreit nach der Möglichkeit erfolgreichen Dienens an der Allgemeinheit, nach einem inneren Verhältnis zum deutschen Staat. Fördern wir diese lebendigen seelischen Kräfte, helfen wir ihnen zum Durchbruch, jeder in seinem Wirkungskreis, dann, aber nur dann wird wieder die alte Devise Wahrheit werden: „Gott mit uns!"

Geldbriefträger und Zimmervermieterin ermordet

T.U. **Köln**, 2. Nov. Im Hause Rudolfplatz 10 wurden am Mittwoch gegen 17 Uhr die dort wohnende ledige 61jährige Utta Korte und der Geldbriefträger Clemens Körner mit Kopfschüssen tot aufgefunden. Beide sind Opfer eines gemeinen Raubüberfalles geworden. Im dringenden Verdacht der Täterschaft steht ein junger Mann, der am Dienstag unter dem Namen Bauer bei der Getöteten ein Zimmer gemietet hatte. Der Bursche hat sich an seine eigene Adresse einen Betrag von 15 Mark schicken lassen, unzweifelhaft in der Absicht, bei der Zustellung den Geldbriefträger zu überfallen und zu berauben. Bei der Ausführung der Tat scheint die Vermieterin hinzugekommen zu sein, die der Mörder dann ebenfalls tötete. Der Doppelmord muß bereits am Vormittag geschehen sein. Der Täter hatte also genügend Zeit, sich in Sicherheit zu bringen. Wie hoch die geraubte Summe ist, steht noch nicht fest.

Der Polizeipräsident und die Oberpostdirektion haben für die Ergreifung des Täters Belohnungen von je 500 Mark ausgesetzt, die Oberpostdirektion daneben noch 10 v. H. für die Wiederherbeischaffung der geraubten Summe.

Kleine Nachrichten aus aller Welt

Botschafter Schuberts Abschied von Rom. Zu Ehren des scheidenden Botschafters Dr. von Schubert und seiner Gemahlin, die Rom verlassen haben, waren zahlreiche Mitglieder des diplomatischen Korps und der deutschen Kolonie am Zuge erschienen. Frau von Schubert wurde eine reichliche Zahl prachtvoller Blumenspenden überreicht.

Ruhestörungen in London. Neue Demonstrationen vor dem Unterhaus sind durch ein großes Polizeiaufgebot ziemlich ruhig verlaufen. Ansätze zu ernsten Tumulten wurden von der Polizei im Keime erstickt. In der Umgebung des Unterhauses waren Hunderte von Polizisten zu Fuß und zu Pferde zusammengezogen worden. 50 Personen wurden verhaftet.

Karolyi verzichtet auf sein Abgeordnetenmandat. Der frühere Ministerpräsident Graf Julius Karolyi hat in einem an seine Wähler in Stuhlweißenburg gerichteten Schreiben mitgeteilt, daß er sich aus dem aktiven politischen Leben zurückzuziehen gedenke und deshalb auf sein Abgeordnetenmandat verzichte.

Politischer Umsturz in Ecuador? Havas berichtet aus Buenos Aires, aus Guayaquil in der Republik Ecuador verlaute, daß die Garnison von Riobamba sich erhoben habe, um die Diktatur des Obersten Larrea Alba herbeizuführen.

Wiedereröffnung der Universität Wien. Der Rektor der Universität ordnete für morgen die Wiedereröffnung der Universität bei Fortdauer des Legitimationszwanges an.

In Dijon wurde ein vollbesetzter Straßenbahnwagen am Dienstag von einem Schnellzug erfaßt. Vier Insassen wurden getötet, vier schwer verletzt.

Diebesbande ermittelt. Die Gesamtzahl der von der festgenommenen Bande in Worms und näheren Umgebung in der Zeit vom Frühjahr 1931 bis September 1932 ausgeführten schweren Einbrüche beläuft sich auf 51. Ermittelt wurden insgesamt 46 Täter.

Wenn Ihr Mann abgespannt und nervös ist,

wenn ihn der Beruf aufreibt und wenn er müde und blaß aussieht, so geben Sie ihm regelmäßig als Frühstücksgetränk und zu den Zwischenmahlzeiten Ovomaltine. Sie enthält die wertvollsten Nährstoffe für Körper und Nerven und steigert in kürzester Zeit die körperliche und geistige Leistungsfähigkeit auf gesunde, natürliche Weise. Ovomaltine schmeckt sehr gut und ist leicht verdaulich. Auch Ihnen selbst wird sie gut tun.

Lieber an etwas Anderem sparen, aber Ovomaltine nehmen!

Originaldosen zu RM. 1.15, RM. 2.15 u. RM. 4.— in allen Apotheken und Drogerien. Ein Gratismuster erhalten Sie von der Fabrik Dr. A. Wander G.m.b.H., Abt 72 Osthofen-Rheinh.

Um ein Kinderherz

Roman von Klothilde von Stegmann-Stein

Copyright by Martin Feuchtwanger Halle (Saale)

[6

Gerade bei diesen Worten hatte er Ina das kristallene Glas gereicht, seine Finger streiften dabei die ihren. Da fühlte er, wie ihre schlanke weiße Hand zitterte. Sie nahm das Glas, und dann setzte sie es so hastig hin, daß der goldene Wein an dem dünnen Glasstengel entlang floß.

„Quäle mich doch nicht", sagte sie leise. Ein Stuhl wurde zurückgeschoben, und wie auf der Flucht ging Ina hastig aus dem Zimmer.

Bestürzt sah Weltner ihrer schlanken Gestalt nach. Was war denn das? Was hatte Ina, daß sie vor seiner scherzend harmlosen Frage floh? Hatte er sie mit irgend etwas verletzt? Sie an irgend etwas erinnert, das ihr schmerzlich war? Oder — er stutzte —, wieder gingen seine Augen nach der Tür — hatte sie durch ihre Flucht etwas verbergen wollen?

Drittes Kapitel.

Es war einige Tage später. Edith Bernheim kehrte von einem ihrer vergeblichen Wege zurück; wieder hatte sie umsonst nach Arbeit gesucht. Die Füße waren ihr schwer wie Blei, als sie jetzt die Treppen zu ihrer Pension hinaufstieg.

Als sie die Tür zu dem kleinen dunklen Korridor öffnete, schlug ihr ein Dunst vom Essen entgegen, daß sich ihr ausgehungerter Magen wie in einer jähen Uebelkeit zusammenkrampfte.

Aus der Küche ertönte ein heftiger Wortwechsel zwischen der Wirtin und dem Mädchen — Kindergeschrei klang dazwischen — in einem der Pensionszimmer spielte ein schrilles und schlechtes Grammophon — ein Radio lärmte irgendwo — in einem der Zimmer wurde anscheinend rein gemacht — es klopfte und dröhnte. Und all der Lärm, das Geschrei, der Dunst drang auf Ediths erschöpfte Nerven schmerzhaft ein.

Sie war froh, als sie in ihrem kleinen Hinterzimmer endlich allein war. Müde sank sie auf einen der harten Stühle, unfähig, zu denken, unfähig, irgend etwas zu tun.

Da klopfte es. Das Mädchen kam herein. Sie warf einen mitleidigen Blick auf das erschöpfte Gesicht der jungen Frau.

„Soll ich Ihnen Abendbrot bringen, Frau Bernheim?" fragte sie. „Es ist zwar schon über die Zeit, und die Frau schimpft immer, wenn die Pensionärin ihr Essen nicht pünktlich im Eßzimmer einnehmen; aber Sie sehen ja so elend aus. Ich bringe Ihnen schon etwas."

„Sie sind ein gutes Mädchen, liebe Frieda", sagte Edith Bernheim dankbar. „Ich konnte beim besten Willen nicht pünktlich sein. Hatte mich heute ganz draußen im Norden vorzustellen — ehe ich da hierher zurückkomme..."

„Na! Ist es denn etwas geworden, Frau Bernheim?" fragte das Mädchen teilnahmsvoll. Aber Edith machte nur eine müde, abwehrende Bewegung. Da ging das Mädchen leise hinaus und kehrte bald darauf mit einem Teller, auf dem ein paar belegte Brote lagen, und einer Tasse Tee zurück.

„Hier habe ich für Sie noch heimlich etwas geholt. Die Alte hat es nicht gesehen. Nun lassen Sie es sich einmal gut schmecken."

Sie legte eine weiße Serviette von zweifelhafter Sauberkeit auf eine Tischdecke und stellte den angestoßenen Steingutteller neben die Tasse mit dem dünnen, farblosen Tee.

„Mager genug ist es", murrte sie dabei. „Die Alte wird auch jeden Tag geiziger; möchte uns am liebsten den Belag vom Brot wieder 'runterkratzen!"

Aber Edith Bernheim hörte es schon nicht mehr. Mit jähem Heißhunger hatte sie eines der schlechtgestrichenen Brote mit der billigen Wurst ergriffen und biß hinein. Dabei nickte sie dem Mädchen dankbar zu.

Du lieber Gott!, dachte Frieda, als sie hinausging, so eine arme Frau! War sicher einmal bessere Zeiten gewöhnt als unsereiner. Und nun freut sie sich schon über eine Stulle, die unsereinem nicht gut genug ist.

Indessen hatte Edith Bernheim ihr kärgliches Abendbrot verzehrt. Ihr Magen war nicht mehr an reichliche Nahrungsaufnahme gewöhnt und schnell gesättigt. Der heiße Tee gab ein angenehmes Wärmegefühl und eine wohltuende Müdigkeit kam über die erschöpfte Frau. Da klopfte es kurz und hart. Sie fuhr aus dem Halbschlaf auf, in den sie versunken war.

Sie erschrak, als sie jetzt in der Tür die große, breite Gestalt der Frau Dovikat, ihrer Pensionswirtin, sah.

„Guten Abend", klang die harte Stimme der Frau mit den groben Zügen. „Sie sind ja den ganzen Tag auf der Walze, so daß man Sie nie treffen kann, Frau Bernheim."

„Ich bin immer auf Stellungssuche, Frau Dovikat", gab Edith leise zur Antwort.

„Na! Haben Sie schon etwas gefunden?" fragte die Frau lauernd. Ein mißtrauischer Blick streifte das blasse, verhärmte Gesicht. Edith verneinte stumm; die Kehle war ihr wie zugeschnürt. Jetzt kam das, was sie fürchtete.

Und wirklich, Frau Dovikat sah sie prüfend an und fragte:

„Wie wird es denn mit der Zimmermiete für nächste Woche, Frau Bernheim? Eine Woche habe ich Ihnen gestundet. Aber bei den schlechten Zeiten kann ich das nicht länger. Wenn Sie mir also nicht morgen für die kommende Woche vorausbezahlen können, dann muß ich das Zimmer anderweitig vermieten."

„Haben Sie doch noch ein paar Tage Geduld, Frau Dovikat", bat Edith Bernheim gequält. „Was soll ich denn beginnen, wenn Sie mich herausetzen? Sicher werde ich ja in den nächsten Tagen etwas finden, und dann verspreche ich Ihnen..."

„Auf Versprechungen kann ich mich nicht einlassen!" war die grobe Antwort der Frau. „Ich muß auch sehen, wo ich bleibe, und mir schenkt auch kein Mensch etwas. Also entweder zahlen Sie mir morgen die Miete für eine Woche voraus, oder Sie müssen sich nach einem anderen Zimmer umschauen."

(Fortsetzung folgt.)